

Forderungen der DPoIG an die neue Landesregierung

Wenn Sie diese Ausgabe des POLIZEISPIEGEL in den Händen halten, sind die kommenden Wahlen zum Thüringer Landtag bereits Geschichte. Die Ergebnisse stehen fest, und erste Sondierungsgespräche haben wohl auch schon begonnen.

All das wissen wir zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels noch nicht, da der Redaktionsschluss vor den Landtagswahlen im Freistaat liegt. Doch egal, wie das Wahlergebnis auch ausfallen wird, und wer zukünftig an der politischen Spitze Thüringens stehen wird. Für uns als Gewerkschaft steht jedoch schon heute fest, dass sich einiges im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Polizei tun muss.

Noch klingen die wohlfeilen Versprechungen aus Wahlkampfzeiten in den Ohren. Jedoch wissen wir aus Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte, dass genau diese Versprechungen wie von einem Herbststurm verweht sein werden und die Erinnerungen an dieses schneller verblassen, als es uns lieb sein kann.

Begründungen, warum die Versprechungen aus dem Wahlkampf nicht umgesetzt werden können, sind dabei gelegentlich originell, aber meist wird der Zwang zu Kompromissen, welche mit den Koalitionspartnern eingegangen werden müssen, ins Feld geführt.

Dies mag zwar das Gewissen der Politiker(innen) beruhigen, aber es trägt in keiner Weise dazu bei, die Situation unserer Kolleg(inn)en im Dienstalltag nachhaltig zu verbessern.

Dass sich diese Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern, dafür werden wir als gewerkschaftliche Interessenvertretung kämpfen und den Finger so lange in die Wunden legen, bis diese Veränderungen für alle Kolleg(inn)en spürbar erkennbar und im Dienstalltag erfahrbar werden.

Wenig hilfreich ist auch die gerade im Wahlkampf immer wieder aufgekommene gegenseitige Schuldzuweisung aus den verschiedenen politischen Lagern. Solch ein Geplänkel ist nicht hilfreich, sondern bei der Lösung der anstehenden Aufgaben kontraproduktiv.

Wir als DPoIG Thüringen sind der Auffassung, dass es an der Zeit ist, hier einen generellen Schlusstrich zu ziehen, und den Blick auf die zukünftigen Aufgaben und Anforderungen innerhalb der Thüringer Polizei zu richten. Baustellen, welche beseitigt werden müssen, gibt es genügend. In den nächsten Ausgaben des POLIZEISPIEGEL werden wir immer wieder darauf hinweisen, einzelne Themenkomplexe näher

betrachten und unsere Vorstellungen zur Lösung auftretender Probleme unterbreiten. Natürlich werden wir dabei auch immer wieder den konstruktiven Dialog mit den politisch Verantwortlichen suchen.

Beginnen möchten wir mit den Regelungen zu beamtenrechtlichen Bestimmungen, welche aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß sind. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf.

Im Einzelnen betrifft dies folgende Schwerpunkte:

1. Die Erschwerniszulagenverordnung ist nicht nur anzupassen, sondern entsprechend den heutigen Belastungen komplett neu zu gestalten.
2. Eine Hinterlegung von Dienstposten in einen Dienstpostenplan hat den heutigen Erfordernissen zu entsprechen und muss sich im Einklang mit den Funktionalitäten sowie Haushaltsplanstellen befinden.
3. Die Regelungen zur Beförderung sind neu zu gestalten und zumindest bis A 11 an zeitlichen Grenzen festzumachen.
4. Für die Verwaltungsbeamten in der Thüringer Polizei ist eine eigene Laufbahn „Polizeibeamter im Polizeiverwaltungsdienst“ zu schaffen und bei der Bezahlung für Tätigkeiten im polizeilichen Einsatz entsprechend zu würdigen.
5. Bei den heutigen Anforderungen im polizeilichen

Dienst und der Gesundheitsförderung ist es langsam Zeit, den Dienstsport für alle Beamten und Beamtinnen in der Polizei einzuführen.

6. Die Personalausstattung der Thüringer Polizei und des Verfassungsschutzes, im Vollzugsbereich und Verwaltungsbereich der Polizeibeamten sowie bei unterstützenden Tätigkeiten bedeutend im Tarifbereich.

Als erste Schritte erwarten wir:

1. die Einstellungs- und vor allem Übernahmezahlen an PVB, PVwB und Tarifbeschäftigte auf 500 PVB in 2021 und 2022, auf 50 PVwB in 2021 und 2022 sowie 40 Tarifbeschäftigte zu erhöhen;
2. den Organisations- und Dienstpostenplan umgehend auf die realen Bedingungen des Haushaltes anzupassen;
3. die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage;
4. Abschaffung der Stellenobergrenzen für alle Beamten im Freistaat Thüringen;
5. Schaffung von angemessenen Beförderungsmöglichkeiten im Haushalt 2021 für die unteren Statusämter in den jeweiligen Laufbahnen;
6. Anerkennung einer Unter-Alimentation bei den Beamten und Zahlung entsprechender Ausgleichs.

Impressum:

Landesverband
und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

Warten auf den Innenminister

Ein unvollendetes Drama aus der LPI Gera

Es erinnerte an Samuel Becketts „Warten auf Godot“, ein weltbekanntes Theaterstück, welches zu einem Synonym für langes und aussichtsloses Warten geworden ist.

Genau so eine Erfahrung mussten die Kolleg(inn)en der LPI in Gera machen, als sie zum vereinbarten Termin am 1. Oktober auf den Thüringer Innenminister warteten. Nur, dass sie nicht im vergeblichen Warten verharrten, sondern nach anderthalb Stunden ohne eine Nachricht von Georg Maier versuchten, diesen zu erreichen, um zu erfahren, wann der Innenminister denn in der LPI eintreffen werde.

Die Nachricht, welche sie erhielten, war eher ernüchternd, denn der Innenminister befand sich zum Zeitpunkt in einer Wahlkampfveranstaltung in Friedrichroda und würde auch nicht mehr in Gera erscheinen. Dabei wollten die Kolleg(inn)en aus Gera wirklich dringende Probleme und Wege zu deren Lösung ansprechen. Aber es sollte nicht sein.

„Offensichtlich setzt der Innenminister andere Prioritäten. Wahlkampf scheint da eine höhere zu besitzen als ein vereinbartes Treffen mit dem dem Innenminister unterstellten Polizistinnen und Polizisten“, erklärt der DPolG-Kreisvorsitzende Andreas Benndorf. „Man kann es bewerten, wie man will, aber die Kolleg(inn)en ohne eine Nachricht im Ungewissen warten zu lassen, ist nicht gerade ein Zeichen der Wertschätzung seitens des Dienstherren“, fügt Benndorf ergänzend hinzu.

Thüringen hört hinter Jena auf, es ist Viertel nach zwölf

Dabei waren es keine Belanglosigkeiten, welche mit dem Innenminister besprochen werden sollten. Aber es ist ja nur eine von der Landeshauptstadt weit entfernte LPI, welche seit Jahren dringend Lösungen für ihre Probleme sucht. Doch, so berichtet der DPolG-Kreisvorsitzende, haben die Kolleg(inn)en das Gefühl, dass Thüringen aus Sicht des Dienstherrn hinter Jena endet. Dabei ist es längst schon Viertel nach zwölf, was die Baustellen betrifft, welche es zu beheben gilt.

Baustelle ist dabei eine zutreffende Beschreibung, wenn man die Situation, in welcher sich die Kolleg(inn)en in der LPI Gera befinden, näher beschreiben möchte.

Was Andreas Benndorf da zu berichten weiß, ist alles andere als beruhigend. Bereits im Jahr 2014 wurde der Umzug der PI Gera von der Amthorstraße in die Theaterstraße vollzogen. Das war nicht etwa ein saniertes und für künftige Aufgaben gut ausgestattetes Objekt. Vielmehr zog man damals schon auf eine Baustelle, denn es mussten entstandene Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 beseitigt werden.

Sanierung – eine unendliche Geschichte

Sicher dachten viele Kolleg(inn)en, dass es sich um eine vorübergehende Maßnahme handelt und die bei der Sanierung entstehenden Lärmbelastungen im Dienstbetrieb



› Auf dem gesamten Dachboden sind Gefäße zum Auffangen des Regenwassers aufgestellt.

bald vorüber wären. Doch da haben sich die Kolleg(inn)en gründlich geirrt. Was ein vorübergehender Zustand sein sollte, hat sich mittlerweile zu einer unendlichen Geschichte entwickelt. Nahezu sechs Jahre nach dem Einzug in das Objekt in der Theaterstraße kann von Sanierungsfortschritt keine Rede sein.

Im Gegenteil, das Objekt ist zunehmend dem Verfall preisgegeben und die Kolleg(inn)en sprechen unter der Hand schon von einer Ruine, in der sie arbeiten müssen. Wie aus den beigefügten Bildern zu entnehmen ist, übertreiben sie dabei keineswegs.

Hoffnung auf eine schnelle Lösung der anstehenden Probleme haben die Kolleg(inn)en in der Theaterstraße schon lange nicht mehr. Dies auch deshalb, da ein Baustopp wegen auftretender Geruchsbelästigungen erwirkt wurde. So lautete zumindest die offizielle Erklärung.

Dabei haben die Kolleg(inn)en bislang so manches stillschweigend ertragen. Und die Liste der Unzulänglichkeiten ist wahrlich lang.

Es beginnt bereits mit der Hygiene. Seit der Sanierung ist es nicht möglich, sich die Hände auf den Toiletten mit warmem Wasser zu reinigen. Möglich ist dies nur in den Küchen, da sich

dort Warmwasserboiler befinden. Möchte man sich in der nun einsetzenden Grippeperiode von Keimen befreien, so werden diese zunächst einmal im Objekt verteilt.

Undichtes Dach – ein Paradies für Schimmelpilze?

Das könnte man ja noch irgendwie hinnehmen, aber was sich gravierender auswirkt, ist das undichte Dach. Dies nicht nur an einer, sondern an mehreren Stellen. Das Regenwasser aufzufangen schaffen da nur die aufgestellten Behälter, welche ebenfalls vor größeren Schäden im Hauptgebäude schützen. Diese müssen natürlich auch regelmäßig entleert werden. In der Woche tun dies unsere Kolleg(inn)en neben ihren eigentlichen Arbeitsaufgaben, was man zynisch auch eine willkommene körperliche Entspannung vom dauerhaften Sitzen am Schreibtisch nennen könnte.

Nur am Wochenende ist dies nicht möglich. Regnet es stark, dann laufen auch die aufgestellten Behälter über und die Feuchtigkeit dringt in das Mauerwerk. Nun ist es kein Geheimnis, dass Schimmelpilze gerne eine Symbiose mit feuchtem Mauerwerk eingehen. Die dann freigesetzten Sporen führen je nach Art des Schimmelpilzes zu gesundheitlichen Einschränkungen. Bewiesen ist das nicht, aber war-



› Quer über den Hof verlaufende Stahltrassen sind eine permanente Unfallquelle.



> Die einstigen Büros im Dachgeschoss sind längst dem Verfall preisgegeben.



> Fenster und Mauerwerk in den Dachgauben verrotten zusehends.

um die Kolleg(inn)en immer wieder über Atembeschwerden klagen, sollte schon zu denken geben. „Für uns ist das ein unhaltbarer Zustand, und wir können nicht verstehen, warum hier noch keine Abhilfe geschaffen wurde. Bekannt ist dies dem Innenminister sowie dem Polizeipräsidenten bereits seit längerer Zeit. Nur gehandelt wurde eben nicht!“, erklärt der DPoIG-Kreisvorsitzende Andreas Benndorf.

Aber nicht nur das Dach, auch die in den Gauben angebrachten Fenster sind in einem desolaten Zustand. Kommt der Regen von der Seite, dann helfen auch keine Gefäße, um das eintretende Wasser aufzufangen. Es rinnt dann in das Mauerwerk.

■ **Eisenplatten auf dem Hof als permanente Gefahrenquelle**

Nicht nur die Gebäude, sondern auch das Umfeld ist in einem

Zustand, der als desolat bezeichnet werden muss. Dass es genügend Stolperstellen gibt, könnte ja noch hingenommen werden. Jedoch sind die Versorgungsschächte mit Stahlplatten abgedeckt. Ausweichen geht da nicht in jedem Fall. Bei Regen werden diese Platten zu gefährlichen Rutschbahnen, die zu Stürzen führen können. Dies ist nicht nur eine Annahme, sondern leider traurige Realität, denn es verletzte sich bereits eine Kollegin. Wenn jetzt die kalten Nächte hereinbrechen, steigt die Unfallgefahr durch Reif und Bodenfrost um ein Vielfaches. Abhilfe ist da jedoch auch nicht in Sicht!

■ **Fenster gestrichen, aber nicht zu öffnen**

Wenn dann doch einmal etwas geschieht, dann muss nicht zwingend auch etwas Gutes dabei herauskommen. Das mussten die Kolleg(inn)en der KPI in der Amthorstraße erfah-

ren. Dort wurden die Fenster zwar gestrichen, aber wohl eher von Laien. Denn normalerweise lässt man die Farbe trocknen, bevor die Fenster wieder geschlossen werden. Nicht so im erwähnten Objekt. Die Fenster sehen nun frisch aus, aber frische Luft bekommt man durch Öffnen dieser nicht, denn einige Fenster sind so verklebt, dass sie sich überhaupt nicht öffnen lassen. Solch eine Sanierung ist auch nicht hilfreich.

All dies sollte auch zum Termin mit dem Innenminister zur Sprache kommen. Aber offensichtlich war ein Wahlkampftermin wichtiger!

„Nun sind die Wahlen entschieden und wir hoffen dringend, dass sich die künftige

Landesregierung wieder den Problemlösungen zuwendet und unser Anliegen nicht wieder über Jahre vertagt wird“, sagt der DPoIG-Kreisvorsitzende. „Als gewerkschaftliche Interessenvertretung fordern wir, dass sich Innen- und Finanzministerium umgehend zusammenfinden und eine Entscheidung über den weiteren Fortgang der Arbeiten in der LPI Gera treffen. Es kann nicht sein, dass ringsherum Dienststellen saniert beziehungsweise neu gebaut werden und sich in Ostthüringen nichts tut. Auch wir in Gera sind Teil des Freistaates und erwarten seitens des Dienstherrn, dass wir genauso behandelt werden, wie es bei anderen Dienststellen in Thüringen üblich ist!“, fügt Andreas Benndorf abschließend hinzu. ■

Personalbedarfsberechnung Thüringer Polizei – ein langes und nicht endendes Kapitel

Von Jürgen Hoffmann, Landesvorsitzender



Die in der Vergangenheit vorgelegten Berichte verschiedener Experten und Ministerien enthalten viele Empfehlungen, Vorschläge, Sichtweisen und Optimierungen. An der wesentlichen Frage, wie man eine moderne Personalbedarfsberechnung gestaltet, wird seit nunmehr 30 Jahren gearbeitet!

Es ist bis heute nicht gelungen, eine vertretbare Regelung zwi-

schen Dienstposten und deren Unterlegung im Haushaltsplan zu schaffen.

■ **Das Kapitel Organisations- und Dienstpostenpläne (ODP) für die Thüringer Polizei**

Die gegenwärtigen Organisations- und Dienstpostenpläne der Thüringer Polizeibehörden und Polizeidienststellen weisen ohne Spielraum die vom TMIK vorgeschriebene Organisati-

onsstruktur unserer Organisationseinheiten aus. Dabei wird den Präsidenten der Polizeibehörden und der Leiterin der Bildungseinrichtungen null Spielraum eingeräumt. Eine strikte Vorgabe von längst vergangenen Zeiten und Führungsverantwortung sieht anders aus!

Es ist an der Zeit, dass diese ODP nach einer modernen Führungsverantwortung und flexiblen Gestaltung ausgerichtet werden!

> Landesvorsitzender Jürgen Hoffmann

- **Ausreichend sind drei ODP für die jeweiligen Polizeibehörden LPD und TLKA sowie den Bildungseinrichtungen!**

Deren Ausgestaltung sollte den Behördenleitern anhand von Analysen und Kennzahlen des jährlichen Arbeitsanfalles ihrer Behörden obliegen.

In den jeweiligen Haushaltsplänen sollte dies zukünftig einfließen, damit unsere Thüringer Polizei im Bereich der Personalbedarfsberechnung und Personalausstattung gut aufgestellt ist.

Die quantitative Überzeichnung der Dienstposten (DP) in der Thüringer Polizei gegenüber den zur Verfügung stehenden Planstellen (Beamte) und Stellen (Beschäftigte) divergierenden ODP für die Thüringer Polizei in den Stellenplänen des Haushaltes ist teilweise qualitativ erheblich ausgeprägt. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar und verstößt auch gegen die Klarheit und Wahrheit des Haushaltes.

Davon sind sowohl die Zuweisungen von Laufbahnen und Fachrichtungen als auch die Wertigkeiten von Planstellen und Stellen im Vergleich mit den DP betroffen.

Der gegenwärtige ODP für die Thüringer Polizei weist circa 7 800 DP aus. Die Stellenpläne sind mit circa 7 200 Planstellen und Stellen hinterlegt. Das tatsächliche ist einschließlich krankheitsbedingter und sonstiger Ausfälle ist gegenwärtig mit circa 6 800 Bediensteten unterlegt.

Hier kann man nicht von einer modernen und vor allem funktionierenden Personalbedarfsberechnung und Personalausstattung für die Thüringer Polizei sprechen.

- **Es ist in 30 Jahren nicht gelungen, eine feste Personalausstattungsanzahl für die Thüringer Polizei festzuschreiben!**

Erstmalig hat das TMIK in 2018/2019 versucht, dieses Ziel zu erreichen, aber in der Landesregierung war es nicht umsetzbar oder sogar gewollt!

Wir als DPoIG stützen nach wie vor die diesbezügliche Kabinettsvorlage und fordern deren Festschreibung im Personalbewirtschaftungsplan mit Unterlegung im Haushaltsplan!

Das bedeutet:

- Festschreibung von 6 300 Planstellen für Polizeivollzugsbeamte;
- Unterlegung mit 500 Planstellen für Polizeibeamte im Polizeiverwaltungsdienst und Schaffung einer eigenen Laufbahn;
- Zeichnung von 850 Stellen für Polizeibeschäftigte.

Insgesamt sind im Haushaltsplan 7 650 Planstellen und Stellen für die Thüringer Polizei zu hinterlegen. Ein moderner auf die Polizeibehörden zugeschnittener ODP wäre danach aufzustellen und mit einem Personal-konzept zu hinterlegen.

- **Das Kapitel Einstellungen in die Thüringer Polizei**

Eigentlich ist es ganz einfach: Abgänge werden ermittelt und ersetzt, zusätzlicher Bedarf berücksichtigt und in einem Personalentwicklungsplan zugeschnitten auf jeden einzelnen Bediensteten dargestellt! Leider ist dies nicht so, in Thüringen braucht man lange, um solche Arbeitsweisen einzuführen, nun schon 30 Jahre!

Warum ist dies so?

1. Der jeweiligen Landesregierung ist es nicht gelungen, eine moderne, flexible und lebensnahe Personalpolitik

zu gestalten, es wird nur verwaltet und dies auch noch schlecht.

2. Es ist nicht gelungen, solche Führungskräfte auszubilden und in leitenden Funktionen einzusetzen, die moderne, flexible und lebensnahe Arbeitsweisen ausleben und in Gesetznormen für den Landtag einfließen lassen.
3. „Die Zeit ist schnell und rasend“, „Erfahrungswerte gibt es da eben nicht“ und „weiter so“ oder „wir haben es immer schon so gemacht“, hilft nicht und hemmt die Entwicklung.
4. Unsere Gesellschaft hat sich verändert und verändert sich weiter, darauf muss man reagieren die Änderungen ausgestalten.

Wie ändern wir es?

1. Durch eine reale Personalplanung und Hinterlegung in den Stellenplänen im jeweiligen Haushaltsplan;
2. Einführung von Zielvereinbarungen mit unseren Bediensteten zwecks deren persönlicher Entwicklung und Entwicklungsphasen;
3. Änderung der Gesetznormen und Rechtsverordnungen hinsichtlich moderner und flexibler Ausgestaltung.

Was brauchen wir?

1. In den Jahren 2020–2022 Einstellungen von 500 Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst, 50 Verwaltungsbeamte und 20 Beschäftigte;
2. ein modernes und flexibles Beförderungssystem, was den heutigen Ansprüchen gerecht wird;
3. moderne und flexible Arbeitsplätze;
4. mit der Ernennung zum Probebeamten Abschluss einer entsprechenden Zielvereinbarung zur persönlichen Entwicklung, die sich in einem modernen Personalbewirtschaftungsplan widerspiegelt.

Weitere Kapitel werden folgen!

➤ Kurz notiert

Glückwünsche zur Beförderung

Im September wurden innerhalb der Thüringer Polizei zahlreiche Kolleg(inn)en befördert. Wir möchten an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und unsere Glückwünsche zur Beförderung aussprechen.

Wir wissen aber auch, dass noch viele Kolleg(inn)en bereits seit Jahren auf ihre Beförderung warten. Hier werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Lösungen gefunden werden, welche allen eine Perspektive im Berufsleben aufzeigt, bei der sie nicht länger bangen müssen, bis zu ihrer Pensionierung nicht befördert zu werden. Schließlich ist die Beförderung auch eine Anerkennung der gezeigten Leistungen. Dabei wollen wir auch weiterhin nicht akzeptieren, dass diese Anerkennung nur nach Kassenlage und nicht entsprechend der gezeigten Leistung erfolgt.

DPoIG Thüringen auch auf Instagram

Drei Jahre sind wir nun schon auf Twitter erfolgreich präsent. Dem wollte die Jugend nicht nachstehen und so entschloss sich unsere Landesjugendleiterin Doreen Maniura, eine Plattform zu schaffen, welche sich im Besonderen an unsere jungen Kolleg(inn)en richten soll. So eröffnete sie ein Profil auf Instagram, über das sie nicht nur informieren, sondern auch unsere jungen Kolleg(inn)en dazu animieren möchte, über ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu berichten.

Über Anregungen und Hinweise freut sich Doreen schon heute. Diese können auch direkt an sie über [Jugend@DPoIG-Thueringen.de](https://www.instagram.com/dpolg-thueringen) versandt werden.

Auf Instagram sind wir unter [dpolgthueringen](https://www.instagram.com/dpolgthueringen) zu finden. Es lohnt sich in jedem Fall, dieses Profil zu abonnieren und ihm zu folgen. Selbstverständlich sind die nicht mehr ganz so jungen Kolleg(inn)en eingeladen, dies auch zu tun.